

Beantwortung

der überparteilichen Interpellation 20250288, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, Rüber Stefan, Grüne, «Wie stellt der Gemeinderat BürgerInnen-Mitwirkung im Besucherlenkungskonzept sicher?»

Die überparteiliche Interpellation thematisiert, dass die Arbeiten für ein Besucherlenkungskonzept im Längholz begonnen haben, ohne die Bevölkerung partizipativ einzubinden. So habe gemäss Informationen des Amts für Wald und Naturgefahren des Kantons Bern bereits ein Treffen mit den betroffenen Einwohnergemeinden und Waldbesitzenden stattgefunden, nicht jedoch mit der betroffenen Bevölkerung. Es wird befürchtet, dass ein Instrument erarbeitet wird, das bei den Nutzenden des Längholzes Widerstand auslöst.

Die überparteiliche Interpellation fordert den Gemeinderat auf, die untenstehenden Fragen zu beantworten.

Der Gemeinderat beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Ist es korrekt, dass der Gemeinderat Kenntnis des Starts zur Ausarbeitung eines Besucherlenkungskonzepts hat?

Der Gemeinderat ist über den Start der Arbeiten zum Besucherlenkungskonzept informiert. Der Lead liegt beim kantonalen Amt für Wald und Naturgefahren. Die Stadt ist mit der Direktion Bau, Energie und Umwelt in der Arbeitsgruppe vertreten.

2. Wie wurde die Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe zusammengestellt?

Die Arbeitsgruppe besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der beiden Einwohnergemeinden Biel und Brugg, der Waldbesitzenden (Burgergemeinden und Staatsforstbetrieb) sowie themenspezifisch der Umweltorganisationen.

3. Kann der Gemeinderat beantworten, ob Vertretungen von Bürger:innen eingeladen wurden?

Aus Sicht des Gemeinderats wurden keine Vertretungen von Bürgerinnen und Bürgern in die Arbeitsgruppe eingeladen. Im Rahmen eines Vernehmlassungsprozesses ist vorgesehen, die Interessen der breiten Bevölkerung abzufragen und in die Erarbeitung des Besucherlenkungskonzeptes einfließen zu lassen.

4. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die breite und aktive Einbindung der Bevölkerung sichergestellt ist?

Die Stadt Biel setzt sich im Rahmen der Arbeitsgruppe für den Einbezug der Bevölkerung ein. Es ist vorgesehen, die Bevölkerung anhand einer Umfrage zu ihren Nutzungsgewohnheiten und Priorisierungswünschen zu befragen.

5. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass eine transparente Kommunikation über Ziele, Zwischenschritte und mögliche Einschränkungen geschieht?

Die Stadt Biel befürwortet eine offene Kommunikation und setzt sich auch gegenüber dem Kanton Bern dafür ein. Die vorgesehene breite Umfrage wird über die üblichen digitalen Kommunikationskanäle sowie über Anschläge beim Längholz breit gestreut.

Biel, 21. Januar 2026

Namens des Gemeinderates

Die Stadtpräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Glenda Gonzalez Bassi

Julien Steiner

Beilage:

· Überparteiliche Interpellation 20250288

20250288

Überparteiliche Interpellation

Wie stellt der Gemeinderat Bürger:innen-Mitwirkung im Besucherlenkungskonzept sicher?

Einleitung

Die Arbeiten zum Besucherlenkungskonzept «Längholz» haben begonnen. Gemäss Schreiben des Regierungsrats zu Händen der IG Berner Wald wurden hierzu Treffen mit betroffenen Einwohnergemeinden und Waldbesitzer:innen durchgeführt. Das Konzept wird in diesem Kreis unter der Leitung der Waldabteilung Mittelland erarbeitet und anschliessend schrittweise eingeführt. Auffällig ist jedoch: **Die Bürger:innen, welche das Längholz heute nutzen sowie die, die sich für den Erhalt und schonende Waldarbeiten gekämpft haben (IG Berner Wald) und somit von den Massnahmen direkt betroffen sein werden, sind bisher nicht eingebunden.**

Wir bitten deshalb den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist es korrekt, dass der Gemeinderat Kenntnis des Starts zur Ausarbeitung eines Besucherlenkungskonzepts hat?
2. Wie wurde die Zusammensetzung dieser Arbeitsgruppe zusammengestellt?
3. Kann der Gemeinderat beantworten, ob Vertretungen von Bürger:innen eingeladen wurden?
4. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass die breite und aktive Einbindung der Bevölkerung sichergestellt ist?
5. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass eine transparente Kommunikation über Ziele, Zwischenschritte und mögliche Einschränkungen geschieht?

Die Stadt Biel/Bienne hat schon einige Partizipationsverfahren durchgeführt, die auf grosse Kritik gestossen sind und hat somit viel Erfahrung, wie ein partizipatives Verfahren gelingen kann. Bei der Erarbeitung dieses Besucherlenkungskonzepts liegt der Verdacht nahe, dass die Bevölkerung ganz ausgeschlossen wird. Ein Konzept, das den Zugang, die Bewegungsfreiheit und die Nutzungsvielfalt eines öffentlichen Naherholungsraums regulieren will, **kann nicht im engen Kreis von Behörden und Privatwaldbesitzenden erarbeitet werden**, sondern muss zwingend auch die Perspektiven der Bevölkerung berücksichtigen. Andernfalls droht ein Top-Down-Instrument, das nicht auf Akzeptanz, sondern auf Widerstand stösst.

Biel/Bienne, 18.09.2025



Susanne Claus
Fraktion SP/JUSO



Stefan Rüber
GRÜNE

